

Stabilität durch Zuwanderer

Forschungsprojekte zu Arbeitsmigration in Südosteuropa

Doris Griesser

„Die aktuellen Diskussionen um die Abschiebung von Asylwerbern konzentrieren sich vor allem darauf, warum diese Leute nach Österreich kommen und wie mit ihnen umgegangen werden soll. Dabei wird weitgehend übersehen, in welcher Vernetzung Österreich zu den Herkunftsregionen dieser Menschen steht“, wundert sich der Grazer Zeithistoriker Robert Pichler.

„Einerseits werden Milliarden Euro von der EU ausgegeben, um etwa den Kosovo oder Mazedonien politisch stabil zu halten. Andererseits wird nicht realisiert, dass die politische Stabilität maßgeblich durch die (Arbeits-)Migranten aus diesen Ländern gewährleistet wird, weil durch ihre Überweisungen ein großer Teil der dortigen Bevölkerung vor weiterer Verarmung geschützt wird“.

In seinen vom Wissenschaftsfonds geförderten Forschungsprojekten beschäftigt sich der Südosteuropaexperte seit Jahren mit den Auswirkungen der Arbeitsmigration auf die wirtschaftlichen und

soziokulturellen Strukturen in jenen Dörfern vor allem in Mazedonien, die besonders stark von Abwanderung betroffen sind. In diese hauptsächlich von Albanern bewohnten Dörfer fließen seit den 60er-Jahren beträchtliche Summen aus den im Ausland erarbeiteten Einkommen.

Die Flüchtlingswellen nach den Kriegen im Kosovo (1999) und Mazedonien (2001) trugen jedoch zu einer Verschärfung der Fremdenengesetzgebung in den klassischen europäischen Einwanderungsländern der aus dem ehemaligen Jugoslawien stammenden Albaner – Österreich, Deutschland und der Schweiz – bei, was sich massiv auch auf das Leben der Daheimgebliebenen auswirkt. Durch die nach den Kriegen einsetzende Rückkehrbewegung (aus Deutschland wurden innerhalb kurzer Zeit 170.000 Albaner zurückgeschickt), stieg die ohnehin enorme Arbeitslosenrate noch weiter an, der Lebensstandard sinkt zusehends.

„Die Überweisungen der Arbeitsmigranten sind gemeinsam mit jenen der oft schwarz arbeitenden Asylwerber eine

Art politisches Sicherheitsventil für diese Region, das durch eine Politik der geschlossenen Grenzen nun zugedreht wird“, ist Robert Pichler überzeugt. „Dass hier zudem Menschen aus einer Region abgeschoben werden, die in absehbarer Zeit ohnehin Teil der EU sein wird, lässt die Vorgangsweise doppelt absurd erscheinen“.

„Allerdings würde auch eine Öffnung der Grenzen keinen wirtschaftlichen Entwicklungssprung bewirken“, so Robert Pichler nüchtern. „Denn die aktuelle Asylpolitik verstärkt die Armut vor Ort – und die zusätzliche Frustration der jungen Leute durch Abschiebung und Perspektivlosigkeit erhöht gemeinsam mit den ungelösten nationalen Statusfragen die Möglichkeit neuerlicher Eskalationen vor allem im Kosovo, aber auch in Mazedonien“.

Aus seinen Aufenthalten in Mazedonien schließt der Historiker: „Das politische System ist verfilzt und korrupt, und ich habe wenig Hoffnung, dass sich von innen heraus funktionierende Strukturen entwickeln werden.“